

Hintergrundpapier

Sperrfrist: 21.4.2026 | 12:00 Uhr

Rassistische und rechte Angriffe in Berlin nehmen weiter zu – reach out registriert höchste Angriffszahl seit 2019

I. Gesamtzahlen zur Angriffssituation 2025 und Einschätzungen

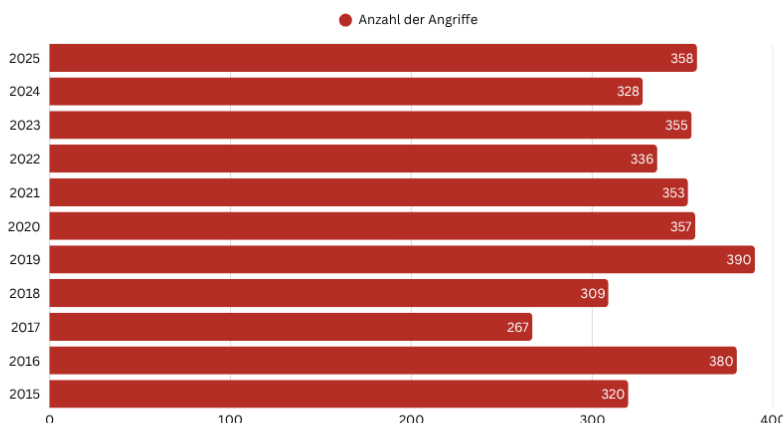
Zahl der Angriffe in Berlin

reach out erfasst für das Jahr 2025 insgesamt **358 Angriffe** und massive Bedrohungen (2024: 328). Damit stieg die Zahl gegenüber dem Vorjahr und erreichte einen neuen **Höchststand seit 2019**. Insgesamt hat reach out damit nahezu täglich rassistische und rechte Gewalt registriert.¹



Beratung für Betroffene von rassistischer und rechter Gewalt

Entwicklung der Angriffszahlen 2015-2025
Stand: 30.03.2026



1 Die Erfassungskriterien des Monitorings von reach out finden sich hier:
<https://www.reachoutberlin.de/de/Unsere%20Arbeit/Angriffe%20in%20Berlin/2026>

Rassistische und rechte Diskurse prägen das Jahr

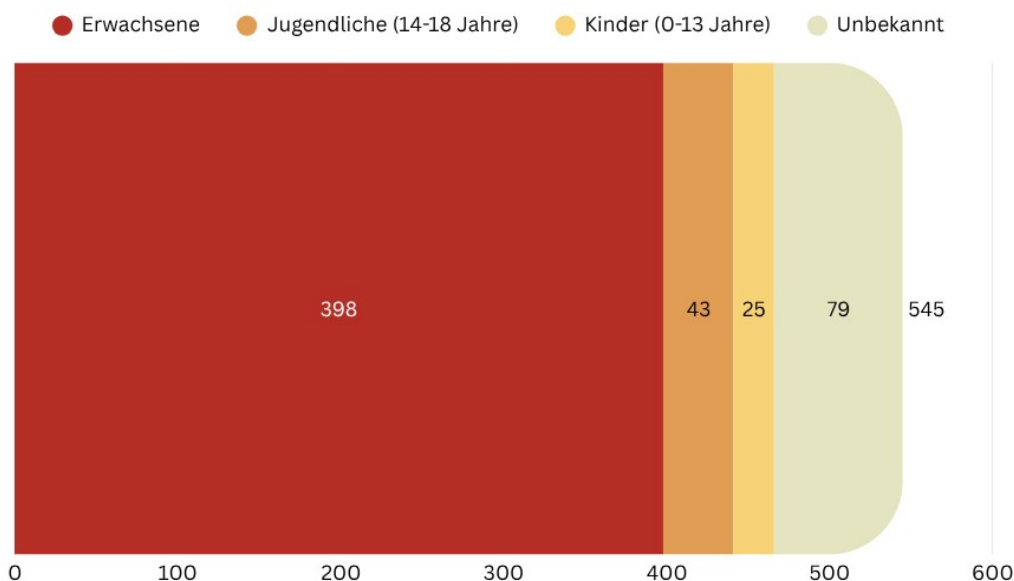
Rassistische Debatten in Berlin, die einen Zusammenhang zwischen sog. Messergewalt, »ausreisepflichtigen Straftäter:innen« und Migration als nationalem Sicherheitsproblem phantasieren, ermutigen Täter:innen zuzuschlagen. Die öffentliche Infragestellung queerer Lebenswirklichkeiten trifft eines der zentralen Mobilisierungsthemen, insbesondere der neu entstandenen **extrem rechten Jugendgruppen**, aus deren Zusammenhängen LGBTIQ und junge Antifaschist:innen gejagt, herabgewürdigt und geschlagen werden. Die Anerkennung rassistischer und rechter Gewalt durch Berliner Ermittlungsbehörden und die Justiz bleibt weiterhin stark hinter der Wirklichkeit der Betroffenen zurück und wird von **reach out** als Ausdruck institutionellen Rassismus kritisiert. Wir wissen aus unserer Beratungspraxis, dass zahlreiche Vorfälle von Hasskriminalität im Bereich rassistischer und rechter Gewalt nicht als solche ermittelt und verfolgt werden.

Betroffene rassistischer und rechter Gewalt in Berlin

2025 sind mindestens **545** Menschen von rassistischen und rechten Gewaltangriffen und massiven Bedrohungen betroffen. Ihre Zahl steigt im Vergleich zum Vorjahr erneut an, insgesamt um **12 Prozent** (2024: 478). Auch die Zahl der betroffenen Kinder und Jugendlichen ist stark angestiegen: **Kinder** unter 13 Jahren, von denen wir wissen, sind in **25** Fällen und damit um **16 Prozent** häufiger als im Vorjahr betroffen (2024: 21). Die Zahl der betroffenen **Jugendlichen** steigt um **58 Prozent** und damit um mehr als das Doppelte an. Unter 18-jährige sind 2025 in **43** Fällen Opfer rassistischer und rechter Gewalt (2024: 18).

Alter der Betroffenen 2025

Stand: 30.03.2026



Die Folgen für betroffene Kinder und Jugendliche sind gravierend

Sie leiden unter Flashbacks und Alpträumen und versuchen die Orte der Angriffe zu vermeiden. Ihre Bewegungsmöglichkeiten sind eingeschränkt. Ihr Wohlbefinden ist stark belastet, sie zeigen Depressionen und Angstsymptome, ein vermindertes Selbstwertgefühl und Identitätskonflikte. Besuchen betroffene Kinder und Jugendliche die Kita oder die Schule, ist ihre Teilhabe oft eingeschränkt, weil sie keinen Raum bekommen das Erlebte zu teilen oder einzuordnen. Sie zeigen Konzentrationsprobleme, in der Schule ist ihre Leistungsfähigkeit eingeschränkt. Manchmal reagieren sie mit Wut und Hoffnungslosigkeit. Zahlreiche betroffene Familien berichten **reach out** davon, wie sie nach rassistischen und rechten Angriffen auf ihre Kinder selbst problematisiert werden und **erneute Viktimisierung** erleben. Stärkend sind für Kinder, Jugendliche und Familien Räume, in denen sie sich vernetzen können, um sich der erneuten Viktimisierung entgegenzusetzen. So beobachten wir auch eine größer werdende Organisation von Schüler:innen und Eltern. Sie nehmen die permanente rassistische Diskriminierung und Gewalt sowie die daraus entstehende Entrechtung nicht hin. Stattdessen schaffen sie Orte, an denen sie sich über ihre Rechte informieren und sich mit solidarischen Netzwerken verbin-

3

den. Sie erweitern so ihr Handlungspotenzial, stärken sich gegenseitig und setzen sich gemeinsam dafür ein, die Schule aufzufordern, Schutz- und Lernraum für alle Schüler:innen zu sein.

Beispiele aus der Chronik

Massive Bedrohung eines Kindes im Supermarkt

1. April 2025: Eine Frau und ihr Kind werden in Hohenschönhausen vor einem Supermarkt von einem Mann aufgrund von antimuslimischem Rassismus verbal belästigt und massiv bedroht. **reach out**

Angriff auf junge Gäste eines Jugendclubs

20. Dezember 2025: In der Nacht von Freitag zu Samstag werden mehrere Gäste des Jugendclubs Café Köpenick am S-Bahnhof Köpenick von einer Gruppe Neonazis angegriffen. Register Treptow-Köpenick | **reach out**

Angriff auf 9-jähriges Kind

15. Juni 2025: Ein 9-jähriges Mädchen, das mit ihrem jüngeren Bruder und ihrem Vater in einem Auto sitzt, wird von einem vorbeifahrenden Fahrradfahrer aufgrund von antipalästinensischem Rassismus geschlagen. Der Fahrradfahrer greift ins Auto und reißt ihr eine Palästina-Flagge aus der Hand, mit der sie gespielt hatte, und wirft die Flagge weg. Das Mädchen wird an der Hand verletzt. **reach out**

Angriffsmotive in Berlin

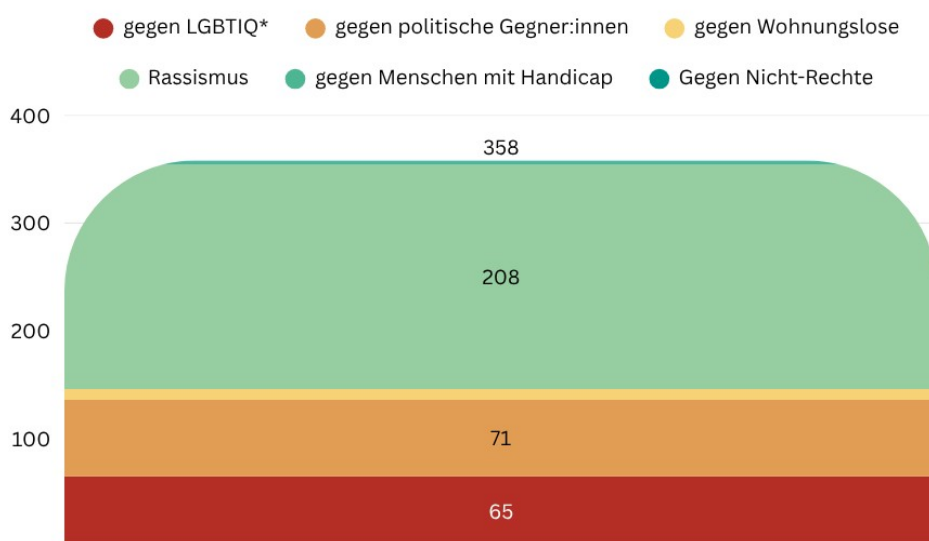
Mit **208** von 358 Taten sind weit über die Hälfte der Angriffe **rassistisch motiviert**, ein Anstieg um **11 Prozent** gegenüber dem Vorjahr (2024: 185 von 328). **Rassismus bleibt seit Gründung von reach out im Jahr 2001 das häufigste Tatmotiv**. Von den insgesamt 208 rassistischen Taten wissen wir, dass mindestens **37 Angriffe antimuslimisch** waren (2024: 33) und sich **28 gegen schwarze Menschen** richteten (2024: 24). Antimuslimische und antischwarze Angriffe sind demnach erneut angestiegen. Die Zahl der **Angriffe gegen Rom:nia und Sintezza**, von denen wir erfuhren, ist mit **9** (2024: 5) ebenfalls gestiegen.

Die Zahl **rechter Angriffe**, von denen **reach out** weiß, bleibt 2025 auf hohem Niveau. Insgesamt haben wir **150 Angriffe** registriert, bei denen Betroffene ins Visier rechter Täter:innen gerieten: In **71 Fällen** wurden die Betroffenen als **politische Gegner:innen** angegriffen (2024: 32), in **65 Fällen aus LGBTQ* feindlicher Motivation** (2024: 90), in **10 Fällen aus klassistischen** (2024: 12), in **3 Fällen aus**

ableistischen Motiven (2024: 8) und in einem Fall, weil als Zeug:in Zivilcourage gezeigt wurde (2024: 0).

Tatmotive 2025

Stand: 30.03.2026



Von zahlreichen rassistischen und rechten Angriffen hat **reach out** über das **zielgruppenspezifische Monitoring** erfahren, das zumeist aus selbstorganisierten Engagement- und Schutzstrukturen besteht und das über große Expertise verfügt. Bei Beratungsbedarf haben Betroffene über die Monitoringstellen den Weg zu **reach out** gefunden. Die **wirksame Vernetzung** zwischen zielgruppenspezifischem Monitoring und den Opferberatungen ist unverzichtbar für Betroffene bei der effektiven Verwirklichung ihrer Rechte und Ansprüche. Gleiches gilt für die vielfältigen Antidiskriminierungs- und Selbstvertretungsstrukturen in Berlin. Der Schutz dieser Strukturen und ihrer hohen Fachlichkeit muss demokratischer Konsens in der Stadt werden. Ein Theater, das Betroffene und Expert:innen verhöhnt, wie zuletzt in der Berliner Enquete-Kommission² geschehen, kann nur als Ausdruck rassistischer und rechter Politik verstanden werden.

² Berliner Enquete-Kommission-Für gesellschaftlichen Zusammenhalt, gegen Antisemitismus, Rassismus, Muslimfeindlichkeit und jede Form von Diskriminierung. Zur Rassismuskritik an der Arbeit der Kommission vgl. exemplarisch: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/nach-streit-und-zwei-austritten-berlins-enquetekommission-fur-zusammenhalt-wird-nicht-mehr-offentlich-tagen-15146876.html>

Beispiele aus der Chronik

Rassistischer Angriff im Supermarkt

17. April 2025: Ein Mann wird gegen 19.45 Uhr in Treptow in einem Supermarkt im Einkaufszentrum Schöneweide von einer unbekannt Person aus rassistischer Motivation mit einer Saftpackung beworfen. Der Mann wird nicht verletzt. **reach out**

Rassistische und sexistische Bedrohung in der Fahrschule

14. Mai 2025: Eine Frau wird in Schöneberg während ihrer Fahrstunde von dem Fahrlehrer antimuslimisch, rassistisch und sexistisch beleidigt und massiv bedroht. **reach out**

Rassistische und LGBTIQ-feindliche Bedrohung in den öffentlichen Verkehrsmitteln

31. August 2025: In der U-Bahn Linie 7 zwischen Blissestraße und Adenauerplatz in Wilmersdorf beleidigt ein Mann einen anderen Fahrgast rassistisch und aus LGBTIQ*-feindlicher Motivation. Als der Mann in die Luft boxt und auf den Mann zustürmt, greifen zwei Mitfahrende ein und können die körperliche Konfrontation verhindern. Die betroffene Person kann die Bahn verlassen. Register Charlottenburg-Wilmersdorf

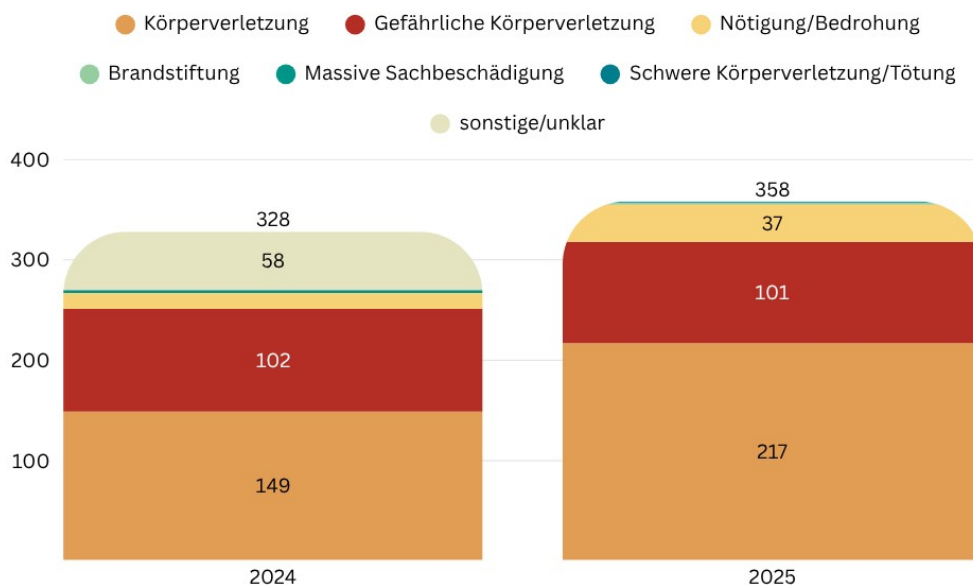
Gewalttatbestände und Angriffsorte in Berlin

Auch 2025 handelt es sich bei den dokumentierten Angriffen mehrheitlich um **Körperverletzungen** (2025: 217 | 2024: 149), **gefährliche Körperverletzungen** (2025: 101 | 2024: 102) und **massive Bedrohungen** (2025: 37 | 2024: 16). Die Zahl der **einfachen Körperverletzungen** steigt mit **217** Vorfällen um **31 Prozent**, wohingegen die Zahl der **gefährlichen Körperverletzungen** mit **101** Vorfällen auf **hohem Niveau** bleibt. Die Zahl der **massiven Bedrohungen** steigt mit **37** Vorfällen um **57 Prozent** und ist damit im Vergleich zum Vorjahr mehr als doppelt so hoch. In zwei Fällen hat **reach out Brandstiftungen** (2025: 2 | 2024: 0) dokumentiert und in einem Fall eine versuchte Tötung als Verdachtsfall registriert. Zu Letzterem dauern die Ermittlungen zum Tatkontext an.

Die Orte - von denen wir wissen – an denen Betroffene angegriffen und bedroht werden, ähneln denen der Vorjahre. Im **öffentlichen Raum** wurden Betroffene auch 2025 am häufigsten angegriffen (2025: 111 Vorfälle), gefolgt von öffentlichen Verkehrsmitteln (2025: 43 Vorfälle) und Bahnhöfen & Haltestellen (2025: 41 Vorfälle). Auch im Wohnumfeld hat **reach out** erneut zahlreiche Vorfälle registriert (2025: 19 Vorfälle), ebenso wie im Umfeld von Demonstrationen (2025: 14 Vorfälle) sowie Einkaufszentren & Supermärkten (2025: 14 Vorfälle). Hoch sind die Angriffszahlen auch in Bildungsstätten (2025: 13). Weitere Angriffsschwerpunkte sind Restaurants und Kneipen (2025: 11).

Straftaten 2024 - 2025

Stand: 30.03.2026



Insgesamt beobachtet **reach out** ein **erhöhtes Selbstbewusstsein rassistischer und rechter Täter:innen** in Berlin, das sich in Körperverletzungen und massiven Bedrohungen im Alltag der Betroffenen zeigt. Sie werden auf der Straße, in öffentlichen Verkehrsmitteln und Bahnhöfen, in der Nachbarschaft, Schule, auf Demonstrationen oder im Club angegriffen. Vor dem Hintergrund des starken Anstiegs der einfachen Körperverletzungen registriert **reach out**, wie selbstverständlich es geworden ist, dass Betroffene fast beiläufig angepöbelt, geschubst, bedrängt, angespuckt oder beworfen werden. Dabei wird die Schwere der Taten von Ermittlungsbehörden häufig nicht erfasst. Mit der Verdoppelung der massiven Bedrohungen erkennen wir den fortlaufenden Trend, Betroffene **aus ihren alltäglichen Räumen zu verdrängen** und ihnen das Selbstverständliche zu nehmen, nämlich in Sicherheit zu leben.

Beispiele aus der Chronik

Massive Bedrohung im Wohnumfeld

25. November 2025: Ein Mann wird in Neukölln von mehreren Männern vor seiner Haustür aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt, bedroht und gejagt. **reach out**

Körperverletzung im Supermarkt

23. Oktober 2025: Der Betreuer eines Kindes mit Behinderung wird in Mitte an der Kasse eines Supermarkts von einem Security-Mitarbeiter aus rassistischer Motivation verdächtigt, durchsucht und in die Rippen geboxt. **reach out**

Körperverletzung im Demonstrationkontext

20. September 2025: Eine Frau, die in Mitte an einer Gegenkundgebung der Demonstration »Marsch für das Leben« teilnimmt, wird von einem bekannten Nazistreamer angegriffen. Die Frau wird aufgrund von antischwarzem Rassismus von hinten angesprungen und an den Haaren gezogen. **reach out**

Gefährliche Körperverletzung auf offener Straße

10. September 2025: Eine Frau beobachtet, wie in Charlottenburg ein Obdachloser von zwei Männern verprügelt wird. Danach fahren die Männer mit einem Auto davon. **reach out**

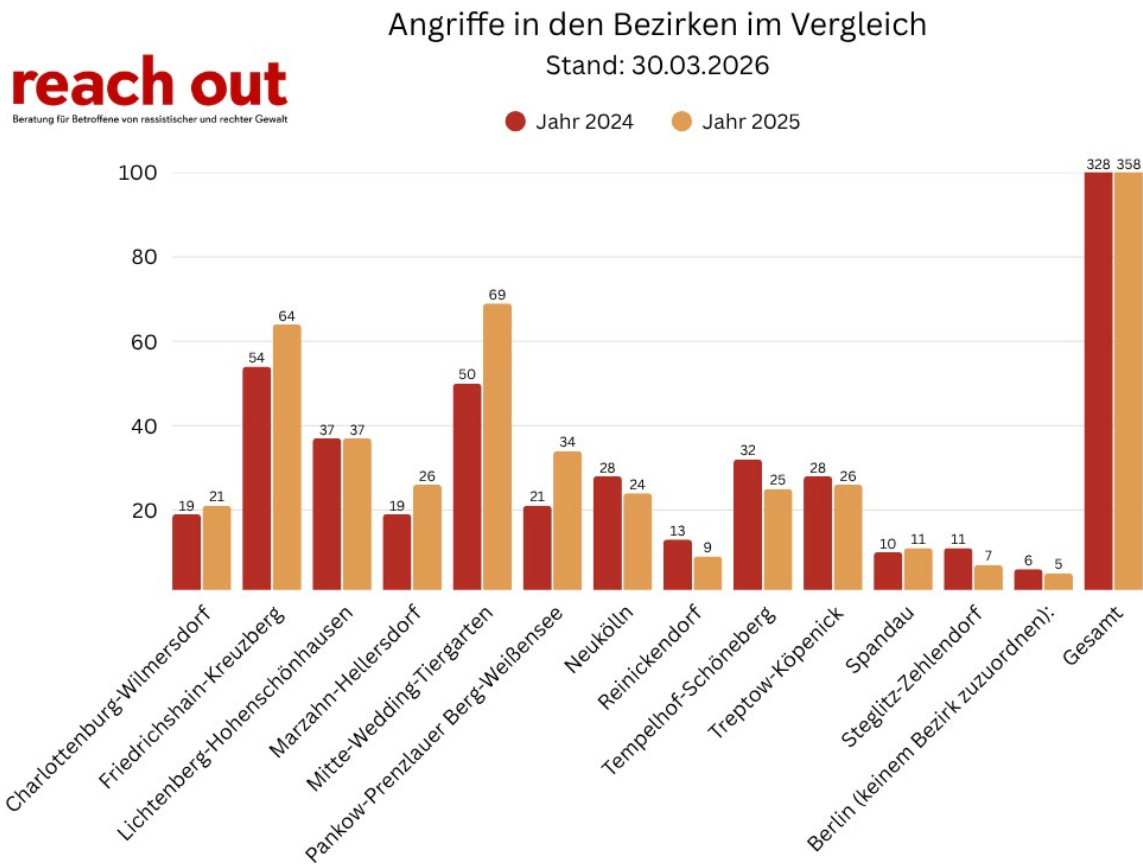
Zur Situation in den Bezirken

Die meisten rassistischen und rechten Angriffe werden in den innerstädtischen Bezirken verübt.

Im Bezirk **Mitte/Tiergarten/Wedding** finden insgesamt **67** (2024: 62) und somit stadtweit die meisten Angriffe statt. Davon sind **42 Angriffe rassistisch** motiviert (2024: 24), **11 Angriffe** richten sich gegen **politische Gegner:innen** (2024: 3) und **10 Angriffe** gegen die **sexuelle Identität oder Orientierung** der Betroffenen (2024: 19). Insgesamt **4 Angriffe** wurden aus **klassistischen** und **ableistischen** Motiven begangen (2024: 4).

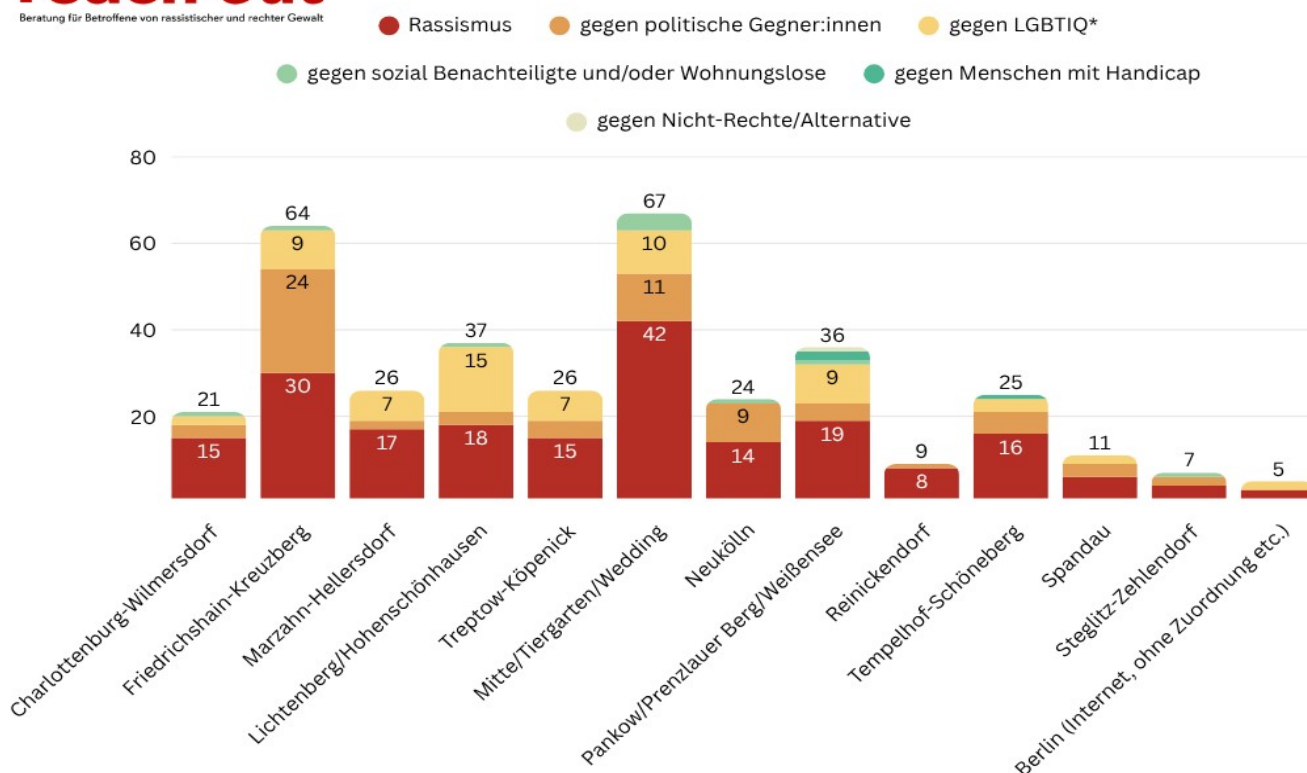
Weitere Angriffsschwerpunkte dokumentieren wir in den Bezirken **Friedrichshain-Kreuzberg** (2025: 64 | 2024: 55), **Lichtenberg/Hohenschönhausen** (2025: 37 | 2024: 37) und **Pankow/Prenzlauer Berg/Weißensee** (2025: 36 | 2024: 21).

In allen Berliner Stadtbezirken werden die meisten Angriffe aus rassistischer Motivation begangen.



Tatmotive in den Berliner Bezirken

Stand: 30.03.2026



Die innerstädtischen Bezirke bilden auch 2025 die Angriffsschwerpunkte in Berlin. Insbesondere Mitte/Tiergarten/Wedding und Friedrichshain-Kreuzberg sind Gefahrenzonen für Betroffene rassistischer und rechter Gewalt. In beiden Bezirken werden Betroffene im Alltag völlig unvermittelt angegriffen. Darüber hinaus ist Mitte/Tiergarten/Wedding ein Hotspot rassistischer und klassistischer Mobilmachung im Kontext städtischer Gentrifizierung. Die Polizei klassifiziert diese Gebiete als sogenannte »kriminalitätsbelastete Orte« (KBO) – eine Praxis, die u.a. rassistisch betroffene, arm gemachte Menschen und ihre Treffpunkte kriminalisiert und soziale Probleme mit polizeilichen Maßnahmen beantwortet, anstatt ihre Ursachen anzugehen.

Auch finden im Bezirk jedes Jahr zahlreiche rechte und rassistische Demonstrationen statt, die von einer widerständigen Gegenmobilisierung begleitet werden.

In Friedrichshain-Kreuzberg konzentrieren sich Angriffe auffällig auf mehrere Umsteigebahnhöfe und -haltestellen. Darüber hinaus werden antirassistische und antifaschistische Kundgebungen und Demonstrationen im Bezirk wiederholt von

rechten Täter:innen gestört – dabei geraten sowohl Teilnehmende als auch unbeteiligte Personen im Umfeld ins Visier.

Beide Bezirke zeichnen sich durch eine nachhaltig gewachsene Melderegisterstruktur aus.

II. Schwerpunkte in der Arbeit von reach out 2025

Ermittlungsverfahren gegen Betroffene rassistischer Gewalt und die Auswirkungen auf ihren Aufenthalt

reach out unterstützte 2025 zahlreiche – insbesondere jugendliche – Betroffene, die rassistische Gewalt erlebt haben und dabei von den Täter:innen selbst angezeigt wurden. Diese Form der Täter-Opfer-Umkehr ist für jede betroffene Person eine massive zusätzliche Belastung. Trifft sie jedoch geflüchtete Personen im Asyl- oder Aufenthaltsverfahren, gefährdet das Ermittlungs- und Strafverfahren oft Bleibeperspektiven.

Viele Betroffene wissen nicht, welche rechtlichen Konsequenzen bestimmte Entscheidungen im Strafverfahren für ihren Aufenthaltsstatus haben können. Ohne anwaltliche oder psychosoziale Begleitung stimmen sie Einstellungsauflagen zu – oft aus Erschöpfung, Angst oder schlicht mangels Information. Was im Strafrecht als pragmatische Lösung erscheint, wird im Aufenthaltsrecht als Schuldeingeständnis gewertet und kann eine Abschiebung rechtfertigen.

reach out gewinnt den Eindruck, dass rassistische und rechte Täter:innen die Betroffenen gezielt anzeigen, um von ihren Taten abzulenken. Auflagen zur Einstellung von Ermittlungsverfahren führen für die Betroffenen direkt in eine Verschlechterung ihrer Bleibeperspektive.

*»Betroffene rechter und rassistischer Gewalt brauchen Solidarität. Das gilt insbesondere, wenn ihre Bleibeperspektive durch einen Angriff infrage gestellt wird. Psychische und soziale Tatfolgen zu verarbeiten, braucht Sicherheit und Zeit. **reach out** fordert, Opfern rechter und rassistischer Gewalt konsequent ein Bleiberecht zu ermöglichen und das Aufenthaltsrecht dahingehend zu überarbeiten. Der geltende Berliner Erlass zur Erteilung eines Aufenthaltsrechts für Opfer rassistischer und rechter Gewalt ist aufgrund institutionell diskriminierender Hürden in seiner jetzigen Form nicht anwendbar.«*

Rassistische und rechte Gewalt gegen Jugendliche

Die Zahl junger Menschen, die 2025 von rassistischer und rechter Gewalt betroffen waren und deshalb die Beratung von **reach out** aufsuchten, ist massiv gestiegen. Jugendliche wurden 2025 im öffentlichen Raum, im Umfeld von Demonstrationen, in

der Schule, in öffentlichen Verkehrsmitteln und in ihrem Wohnumfeld bedroht, gejagt und geschlagen.

Berliner Debatten der vergangenen Jahre um sog. Clankriminalität, Messergewalt, Ausschreitungen in Freibädern und sog. »Antänzern« sowie aktuelle verbale rassistische Diskurse zum sog. »Stadtbild« schüren rassistischen Hass gegenüber Jugendlichen und ermutigen Täter:innen zuzuschlagen. Rassistische Gewalt soll den Jugendlichen dabei eine klare Ausgrenzungsbotschaft vermitteln. Sie sollen aus dem öffentlichen Raum verschwinden, ihr Anwesenheits- und sogar Lebensrecht wird infrage gestellt.

Das Selbstbewusstsein junger organisierter Neonazis wiederum trifft insbesondere auch junge Antifaschist:innen, deren politisches Engagement mit Hetzjagden und roher Gewalt beantwortet wird.

Die Folgen der Angriffe sind für die Jugendlichen nicht selten dramatisch. Neben den tatsächlich oft schwerwiegenden körperlichen Verletzungen berichten Jugendliche von erheblichen psychischen und sozialen Belastungen, insbesondere wenn ihnen die Täter:innen bekannt, sie aber ungeschützt sind. Die **Straflosigkeit der Täter:innen** erhöht das Gefühl der Ohnmacht und Wut, wie Jugendliche berichten. Mitschuldvorwürfe und Täter-Opfer-Umkehr führen nicht selten zu erneuter Viktimisierung.

»Die Gewalt, die Jugendliche erleben, stellt ihr gesamtes Leben infrage. Jugendliche brauchen Schutz, sie müssen ernst genommen und ihre Sicherheit priorisiert werden. reach out berät und begleitet betroffene Jugendliche und ihre Familien konsequent parteilich – ihre Interessen stehen dabei im Mittelpunkt. Jugendliche brauchen Raum, um das Erlebte verarbeiten zu können. Sie brauchen Schutz vor erneuten Angriffen. Sie brauchen eine Anerkennung der rassistischen und rechten Tatmotive durch Ermittlungsbehörden. Sie benötigen Verständnis für daraus resultierende Fehlzeiten sowie flexible und unterstützende Regelungen in Schule, Ausbildung und Universität.«

Rassistische Angriffe im öffentlichen Nahverkehr

reach out unterstützte 2025 erneut zahlreiche Betroffene, die in der Berliner S-Bahn, in BVG-Verkehrsmitteln oder an Bahnhöfen und Haltestellen aus rassistischen und rechten Motiven angegriffen wurden. Viele Berliner Bahnhöfe gelten zudem als Messerverbotzonen – eine Einstufung, die anlasslose Personenkontrollen durch die Polizei ermöglicht und Betroffene rassistischer Gewalt einem erhöhten Kontroll- und Kriminalisierungsrisiko aussetzt. Betroffene berichteten reach out wiederholt, dass sie vom Personal nicht geschützt wurden und dabei erheblichen Verletzungsgefahren ausgesetzt waren.

Dabei werden Videoaufzeichnungen nicht systematisch gesichert, was die Strafverfolgung erschwert. Die Speicherfrist der Videoaufzeichnungen von nur 72 Stunden sollte dringend verlängert werden.

»Wir erwarten, dass die Berliner Verkehrsbetriebe rassistische Angriffe durch ihr Personal konsequent verfolgen und unmittelbare personalrechtliche Folgen ziehen. Wir fordern von den Berliner Verkehrsbetrieben und von der Deutschen Bahn, dass sie effektive Schutzkonzepte für Betroffene von rassistischen und rechten Angriffen innerhalb der Verkehrsbetriebe erarbeiten. Betroffene, die aus Angst vor rassistischer oder rechter Gewalt BVG und S-Bahn nicht mehr nutzen, sind in ihrer Bewegungsfreiheit massiv eingeschränkt, mit schweren Folgen für ihr soziales Leben.«

Bedrohungen aus der Nachbarschaft und durch rechte Gruppierungen

Rassistische und rechte massive Bedrohungen im Wohnumfeld bleiben auch 2025 ein großes Problem für die Betroffenen. Sie berichteten von gezielter Verfolgung, Einschüchterung und Bedrohung. Viele von ihnen suchten bei **reach out** Unterstützung z.B.: bei der effektiven Sperrung ihrer Melderegisterauskunft.

2025 hat **reach out** im Zusammenhang mit Nachbarschaftsgewalt vorwiegend Menschen beraten, die von antischwarzem und antimuslimischem Rassismus betroffen waren. Dabei wurde uns von Bedrohungen berichtet, die das Sicherheitsgefühl der Ratsuchenden und ihrer Familien erheblich belasteten: unerlaubtes Eindringen in Wohnräume, randalieren in Wohnräumen, gezieltes Hetzen von Hunden auf Betroffene, zustellen der Wohnungseingänge der Betroffenen mit sperrigen Gegenständen, abreißen von antifaschistischen Stickern an Wohnungstüren und Briefkästen, wiederholtes Klingeln und unerkanntes Entfernen, Nachstellungen, rassistische Beschimpfungen und einschüchterndes Verhalten gegenüber der Betroffenen (Anschreien, Türen knallen, etc.) und wiederholtes Alarmieren der Polizei wegen angeblicher Geruchsbelästigung durch Kochen oder Lärmbelästigung - eine Strategie, die Betroffene zusätzlich unter Druck setzt.

Das eigene Zuhause – eigentlich der Ort, der Sicherheit, Schutz und Rückzug bieten sollte – wird für die Betroffenen durch die andauernde Bedrohung zum Raum permanenter Anspannung. Sie berichten von innerer Unruhe, Schlaflosigkeit, nachlassender Leistungsfähigkeit und einer wachsenden Anfälligkeit für Erkrankungen. Viele von ihnen möchten den Wohnort wechseln, können dies jedoch aufgrund des angespannten, unsozialen Berliner Wohnungsmarkts nicht realisieren. Berliner Hausverwaltungen bleiben trotz eigener Ombudsstellen und sog. Schlichtungsstellen gegenüber den Täter:innen untätig.

Vor dem Hintergrund der skandalösen Normalisierung rassistischer und rechter Bedrohungen im Wohnumfeld der Betroffenen fordert **reach out** die Stärkung des individuellen Schutzes der Betroffenen durch ein erleichtertes Kontakt- und Näherungsverbot und die Anerkennung der von organisierten Rechten und rassistischen Nachbar:innen ausgehenden Gefahr auf behördlicher Ebene. Auch müssen Berliner Hausverwaltungen sicherstellen, dass ihre Hausordnungen durch Mieter:innen eingehalten und rassistische und rechte Bedrohungen konsequent sanktioniert werden. Hausverwaltungen brauchen endlich geschulte Ansprechpersonen, an die sich Betroffene von Diskriminierung und Hassgewalt wenden können.

Schutzräume sichern! – Gegen rassistische Polizeigewalt in der Berliner Jugendhilfe

reach out berät und begleitet seit Jahren Jugendliche, die durch Berliner Polizist:innen rassistisch kriminalisiert und verletzt worden sind. Seit 2015 erfährt **reach out** zunehmend von Polizeieinsätzen in Wohnungen der stationären Jugendhilfe, in denen unbegleitete, geflüchtete, minderjährige Jugendliche leben. Die meisten von ihnen sind junge Männer. Die Einsätze zeichnen sich durch die vielfältige Missachtung der Rechte der Jugendlichen aus, ebenso wie durch zum Teil massive Gewaltanwendung.

Mehrere Vorfälle wurden durch Sozialarbeitende, die die betroffenen Wohngruppen betreuen, bekannt. Auch 2025 suchten Sozialarbeitende und Jugendliche vor diesem Hintergrund Unterstützung bei **reach out**.

Ein jugendlicher Betroffener berichtete davon, wie mehrere Polizist:innen plötzlich mit massiver Gewalt in ihre Wohngemeinschaft gestürmt seien und dabei die Wohnungseingangstür zerstört hätten. Der Jugendliche stand unter der Dusche, als Polizist:innen in das Badezimmer eindringen und ihn nackt aus der Dusche in den Flur zerren. Der Jugendliche versuchte sein Handy zu greifen, doch Polizist:innen schlugen es aus seiner Hand und zerstörten es. Der Jugendliche musste völlig unbekleidet ca. zwei Stunden vor seinen Mitbewohner:innen bäuchlings im Flur liegen. Der Jugendliche berichtete von einem starken Gefühl der Erniedrigung. Polizist:innen fixierten ihn mit Handschellen, er wurde geschlagen und ein Polizist ohrfeigte ihn ins Gesicht. Sozialarbeitende wurden nicht zu dem Jugendlichen durchgelassen. Sein Zimmer wurde verwüstet und seine Zimmertür - obwohl sie offen stand - zerstört. Ihm wurde keine Übersetzung zur Verfügung gestellt und er wurde nicht belehrt. Der Jugendliche berichtete von seiner Angst während des Polizeieinsatzes. Ein Mitbewohner erzählte, der Einsatz hätte ihn an den Krieg in Syrien erinnert, als es nirgends Sicherheit für junge Menschen gab. Erst später erfuhren die Sozialarbeitenden, dass ein Nachbar womöglich die Polizei verständigt hatte, nachdem er Schüsse aus der Wohngemeinschaft gehört haben wollte.

Schusswaffen oder andere waffentaugliche Gegenstände wurden in der Wohngemeinschaft nicht sichergestellt. Der Jugendliche erstattete Strafanzeige gegen die beteiligten Polizist:innen.

Dieser Polizeieinsatz ähnelt anderen Berichten von Polizeieinsätzen in der Jugendhilfe. **reach out** erfährt von rassistischen Verwechslungen, unverhältnismäßiger Gewalt, fehlender Übersetzung, fehlender Belehrung, Verweigerung der Hinzuziehung von Vormünder:innen oder pädagogischen Fachkräften. Dabei tragen stationäre Einrichtungen der Jugendhilfe eine besondere Verantwortung, ihre Bewohner:innen vor Gewalt, Kriminalisierung und potenziell (re-)traumatisierenden Erfahrungen zu schützen. Das geht aus Menschenrechtsverträgen genauso hervor, wie aus dem deutschen Kinder- und Jugendhilfegesetz. Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen im Wohnraum junger Menschen stellen eine Form von Kindeswohlgefährdung nach § 8a SGB VIII dar. Insbesondere von Rassismus betroffene Jugendliche, die in ihrem Leben Erfahrungen mit polizeilicher Willkür und rassistischer Gewalt durch Einzelne und/oder staatliche Behörden machen, werden durch diese Polizeieinsätze in ihrer psychischen und physischen Gesundheit stark gefährdet.

»reach out fordert, dass Polizeigewalt endlich konsequent und unabhängig verfolgt wird. reach out arbeitet gemeinsam mit pädagogischen Fachkräften und bundesweiten Organisationen in einem Arbeitskreis, um die Rechte von minderjährigen geflüchteten Jugendlichen in der Jugendhilfe qualifizierter und effektiver zu schützen. Von der Innenverwaltung fordert reach out, dass die Einsatzbestimmungen für Polizeieinsätze in Jugendhilfeeinrichtungen am Kindeswohl ausgerichtet und die Rechte junger Menschen in der Jugendhilfe geachtet werden. Jede Form rassistischer Erniedrigung und Gewaltanwendung durch Polizeikräfte muss unabhängig untersucht und wirksam sanktioniert werden.«³

Dimension rassistischer und rechter Angriffe in Berlin unbekannt

Viele der rassistischen und rechten Angriffe in Berlin werden, trotz der ausgebauten Melderegister- und Beratungsstellenstruktur in Berlin, nicht bekannt. Die Polizei veröffentlicht rassistische und rechte Angriffe weiterhin nicht systematisch. Die Antworten der Berliner Innenverwaltung auf Kleine Anfragen im Parlament zu Angriffen und Bedrohungen im Bereich Hasskriminalität sind aufgrund fehlender Daten für das Monitoring nahezu ungeeignet. **reach out** erhält keinen Zugang zu Informationen von Ermittlungsbehörden, und nur ein Bruchteil der gemeldeten Gewalttaten erscheint in Polizeipressemeldungen. Zahlreiche rassistische und rechte Angriffe bleiben verborgen. Die mögliche Entwicklung gezielter auf konkrete Vorfälle bezogene Gegenmaßnahmen in den Bezirken wird dadurch erheblich erschwert.

3 Vgl. hierzu: <https://rechtsaussen.berlin/2020/06/kein-einzelfall-rassistische-kriminalisierung-von-jugendlichen-durch-die-polizei/>

reach out setzt sich dafür ein, die Informationspraxis zu überarbeiten, um Betroffene rechtzeitig zu erreichen und das Monitoring zu ermöglichen. Die Polizei sollte standardmäßig eine Pressemeldung zu sämtlichen Gewaltdelikten veröffentlichen, die dem Bereich der *politisch motivierten Kriminalität von rechts* zugeordnet werden. Die Einordnung einer Gewalttat als rassistische oder rechte Hasskriminalität sollte sich dabei an den Empfehlungen des Deutschen Institut für Menschenrechte (DIMR) orientieren.⁴

Impressum

reach out - Beratung für Betroffene, Angehörige und Zeug:innen von rassistischer und rechter Gewalt

Kontakt:

www.reachoutberlin.de

030-695 68 339

Allgemeine Anfragen: info@reachoutberlin.de

Beratung: beratung@reachoutberlin.de

Bildungsangebote: bildung@reachoutberlin.de

Adresse (aktuell): Kopernikusstr. 23 | 10245 Berlin

Adresse (ab 01. Juni 2026): Heinrich-Heine-Str. 15 | 10179 Berlin

Für Nachfragen stehen Ihnen zur Verfügung:

Johanna Mohrfeldt und Parto Tavangar (Projektleitung & Beratung)

Email: projektleitung@reachoutberlin.de

Tel. 030-695 68 339

Samira Abbas (Öffentlichkeitsarbeit)

Email: presse@reachoutberlin.de



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



**LANDESSTELLE
FÜR GLEICHBEHANDLUNG-
GEGEN DISKRIMINIERUNG**

4 Vgl. hierzu: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/rassistische-straftaten-erkennen-und-verhandeln>